

Neuverschuldung 2011 deutlich geringer als geplant



Das Bundesministerium der Finanzen hat das vorläufige Ergebnis des Bundeshaushalts 2011 bekannt gegeben. Danach liegt die Nettokreditaufnahme bei 17,3 Milliarden Euro.

Beim Abbau der Neuverschuldung ist der Koalition damit im Jahr 2011 ein großer Schritt in die richtige Richtung gelungen: Der Bund musste lediglich 17,3 Milliarden Euro statt der geplanten 48,4 Milliarden Euro an neuen Schulden aufnehmen. Damit ist die Neuverschuldung um 31,1 Milliarden Euro geringer ausgefallen.

Die entsprechenden Entlastungen des Bundeshaushalts sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite sind der Verdienst der erfolgreichen wachstumsorientierten Politik der Koalition aus CDU/CSU und FDP, die die Grundlagen für das wirtschaftlich hervorragende Jahr 2011 mit einem Wirtschaftswachstum von 3 Prozent des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gelegt hat. Damit bleibt Deutschland nicht nur Wachstumslokomotive, sondern geht auch beim Schuldenabbau mit gutem Beispiel in Europa voran. Möglich gemacht haben dies die Arbeitnehmer, die Wirtschaft, insbesondere mittelständischen Unternehmen, gezielte Investitionen in die Zukunft, richtige Regelungen im Arbeitsmarkt und entschiedener Sparwille. Hinzu kommen die richtigen Entscheidungen in der europäischen Verschuldungskrise.

Auch wenn der Bundeshaushalt 2012 durch die vorgezogenen Einzahlungen Deutschlands in den dauerhaften europäischen Rettungsschirm ESM zusätzlich belastet wird, wird die Koalition den Kurs des Schuldenabbaus auch in den kommenden Jahren weiterhin konsequent fortführen und die verfassungsrechtlichen Vorgaben der Schuldenbremse einhalten, indem wir das strukturelle Defizit bis zum Jahr 2016 wie vorgesehen auf maximal 0,35 Prozent des BIP reduzieren werden.

Der Bundesvorstand der CDU hat auf seiner Klausurtagung mit der „Kieler Erklärung“ ein Konzept beschlossen, das die Koordinaten für die Fortsetzung dieser guten Entwicklung im Jahr 2012 und darüber hinaus setzt. Ein 10-Punkte-Plan zeigt Maßnahmen auf, die die Union für ein auch in Zukunft starkes Innovationsland Deutschland auf den Weg bringen will. So kommt im 10-Punkte-Plan insbesondere der konsequenten Förderung von Forschung und Wissenschaft, der Notwendigkeit des lebenslangen Lernens und einer guten Bildungspolitik, erleichterten Möglichkeiten für Existenzgründer, der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie der Lösung des drohenden Fachkräfte-Engpasses besondere Bedeutung zu.

Foto: Tobias Koch

Sehr geehrte Damen und Herren,



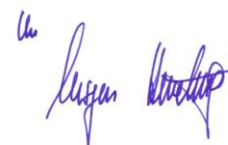
zu Beginn des neuen Jahres steht Deutschland im europäischen und weltweiten Vergleich wirtschaftlich sehr gut da. Mit drei Prozent Wachstum im vergangenen Jahr sind wir der wichtigste Wachstumsmotor Europas. Durch die kluge Finanz- und Konjunkturpolitik der unionsgeführten Bundesregierung, aber vor allem auch durch den Fleiß und die Tatkraft aller Bürgerinnen und Bürger ist Deutschland heute leistungsfähiger denn je.

Die Zahl der Erwerbstätigen hat einen historischen Spitzenwert erreicht. Gleichzeitig ist die Arbeitslosigkeit so niedrig wie seit 20 Jahren nicht mehr. Auch für das neue Jahr ist ein Beschäftigungsrekord zu erwarten. Das sind gute Voraussetzungen, um auch die europäische Staatsschuldenkrise gemeinsam mit den übrigen Euro-Ländern zu überwinden.

Zum Jahresanfang 2012 hat die CDU im Bundesvorstand daher die „Kieler Erklärung“ im Rahmen seiner Klausurtagung beschlossen – ein Konzept, mit dem wir Deutschland als starkes Innovationsland weiter voranbringen wollen. Ein 10-Punkte-Plan setzt die wichtigsten Maßnahmen für das begonnene Jahr 2012 und weit darüber hinaus. Ein besonderer Schwerpunkt ist dabei die gleichwertige Entwicklung in Stadt und Land. Denn unser Land mit seinen vielfältigen kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Zentren lebt von einer ausgeglichenen Verfügbarkeit und Qualität von Infrastruktur und Daseinsvorsorge.

Ich bin zuversichtlich, dass wir in der christlich-liberalen Koalition unter diesen Voraussetzungen unsere Arbeit auch im neuen Jahr 2012 weiterhin erfolgreich fortsetzen werden.

Herzlichst



Ansgar Heveling MdB



Rekordjahr bestätigt Arbeitsmarkterfolge der Union

Niedrigste Erwerbslosenquote seit 20 Jahren

Der Arbeitsmarkt hat sich im vergangenen Jahr enorm gefestigt. Das bestätigen die Zahlen für den Monat Dezember. Dazu erklärt der arbeitsmarkt- und sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Schiewerling MdB:

2011 war für den deutschen Arbeitsmarkt ein erfolgreiches Jahr mit der niedrigsten Erwerbslosenquote seit 20 Jahren. Noch wichtiger für die Menschen ist jedoch, dass wir einen besonderen Rekord bei der Beschäftigung erreicht haben: Noch nie hatten in unserem Land so viele Menschen einen Arbeitsplatz wie 2011.

Dieses Rekordjahr bestätigt nicht nur die Schaffenskraft unserer Unternehmen und das Engagement der Arbeitnehmer; es bestätigt insbesondere die konsequente, zielsichere und erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik der Koalition unter Führung der Union. Unsere Arbeitsmarktpolitik setzt positive Maßstäbe, vor allem im internationalen Vergleich.

Diese Erfolge sind jedoch keine Selbstläufer, zumal die kommenden Monate den Arbeitsmarkt vor eine neue Bewährungsprobe stellen werden. Die Gefahren der Euro-Krise sind für unsere Unternehmen und Betriebe noch nicht gebannt. Die Arbeitsmarktpolitik der Union wird sich daher weiter darauf konzentrieren, den Arbeitsmarkt und seine Erfolge für die Zukunft schwankungs- und krisenfest zu gestalten. Wir sind auf einem guten Weg, und auch Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft unterstützen unseren Kurs.

Ziel unserer Politik in 2012 wird es weiterhin sein, dass möglichst viele Menschen noch mehr von der Stärke und Stabilität des Arbeitsmarktes profitieren, seien es Arbeitssuchende auf ihrem Weg zurück in den ersten Arbeitsmarkt oder Menschen, die gerne bis zum Erreichen der Altersgrenze im Erwerbsleben stehen wollen. Gerade mit dem Einstieg in die unbestritten notwendige „Rente mit 67“ und angesichts des Fachkräftemangels wird die Union die Anstrengungen dazu noch weiter intensivieren.

Zudem wird die Union dafür eintreten, dass mögliche soziale Verwerfungen in einigen wenigen Teilbereichen der Arbeitswelt wirksam bekämpft werden. Einen Beitrag dazu wird auch eine allgemeine verbindliche Lohnuntergrenze der Tarifpartner leisten, für die sich die Union stark macht.

Foto: CDU/CSU-Fraktion

Änderung personenbeförderungsrechtlicher Vorschriften

Mit dem Gesetzentwurf sollen zwei im Koalitionsvertrag vereinbarte Vorhaben umgesetzt werden: Die Anpassung des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) an den europäischen Rechtsrahmen zur öffentlichen Finanzierung von Verkehrsleistungen auf Schiene und Straße und die Liberalisierung des Fernbuslinienverkehrs.

Weiterer Schwerpunkt des Gesetzentwurfs ist die Ausgestaltung des Genehmigungsverfahrens für eigenwirtschaftliche Verkehrsleistungen im öffentlichen Nahverkehr, um einen transparenten und diskriminierungsfreien „Genehmigungswettbewerb“ zu ermöglichen. Zur Anpassung an den europäischen Rechtsrahmen - die Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 1191/69 und (EWG) Nr. 1107/70 - werden im Gesetzentwurf zum einen Regelungen getroffen, die zur Durchführung der EU-Verordnung notwendig sind, z. B. Regelung des Rechtsschutzes, zum anderen ergänzende Regelungen des nationalen Rechts, um Widersprüche mit der Verordnung zu vermeiden, z. B. Anpassung des Begriffs „eigenwirtschaftlich“.

Mit der Liberalisierung des Fernbuslinienverkehrs sollen die bisherigen Beschränkungen für die Zulassung von neuen Fernbuslinien weitgehend entfallen. Damit werden dem Busgewerbe neue Impulse gegeben und dem Verbraucher wird eine attraktive Beförderungsalternative eröffnet. Die Liberalisierung des Fernbuslinienverkehrs wird zum Wettbewerb beim nationalen Angebot von Fernreisen mit entsprechend günstigen Auswirkungen auf die Preisgestaltung beitragen.

Impressum:

Ausgabe Nr. 01/2012
19. Januar 2012

Landesgruppe NRW
der CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421
Email:
fabian.bleck@cducsu.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth
Fabian Bleck

www.cdu-landesgruppe-
nrw.de